Preis 10 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Erscheint täglich einmal, außer an 2. Feiertagen. **Bezugspreis,** im voraus zahlbar: Monatlich **2,50 ℳ** (einschl. **50 ₰** Zustellungsgebühr), wöchentlich **60 ₰** (einschl. **15 ₰** Zustellungsgebühr). Für Abholer wöchentlich **55 ₰.** Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld. Redaktion: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. O 5 Stephan 1701, Nachtruf O 5 Stephan 2321 und 3503. Verantw. Redakteur: **J. Richter, Altona.** - Buchhandlung: Kaiser-Wilhelm-Straße 14/16, Fernspr. O 5 Stephan 5339. Druckereikontor: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. O 5 Stephan 1831. Nachtruf O 5 Stephan 3032 und 3683.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark, die 13gespaltene Nonpareillezeile **45 ₰. Private Familienanzeigen 30 ₰. Stellenangebote 35 ₰. Stellengesuche 25 ₰. Kleine Anzeigen** bis 9 Zeilen die Zeile **30 ₰,** 10 bis 15 Zeilen die Zeile **35 ₰. Reklamezeile 3,50 ℳ.** Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. **Anzeigenannahme** Fehlandstraße 11, Hochpart., Fernsprecher: Sammelnummer O 5 Stephan 1831, Nachtruf O 5 Stephan 2461 **(bis 6 Uhr abends)** in den Filialen und in allen anerkannten Anzeigen-Annahmestellen. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 125 | **Donnerstag, 7. Mai 1931** | **57. Jahrgang**

Die Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung

Wichtigste Voraussetzung: Beschaffung von Auslandsanleihen

WTB. Berlin, 6. Mai.

Die Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage legt der Oeffentlichkeit jetzt den zweiten Teil ihres Gutachtens vor. Es trägt die Ueberschrift: „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung."

In seinem ersten Kapitel „Grundlegendes" wird betont, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegenüber den im ersten Teil behandelten sozialpolitischen die größere Tragweite haben, weil sie die Arbeitsmöglichkeiten zu vermehren berufen sind. Deutschland hatte unter dem Weltkrieg und seinen unmittelbaren Folgen sowie unter den jahrelangen verfehlten und darum vergeblichen Versuchen einer wirklichen Liquidierung des Krieges mehr als andere Länder zu leiden. Der deutsche Wiederaufbau bedurfte der Hilfe des ausländischen Kapitals. Der Auftrieb, den die deutsche Wirtschaft auf diese Weise erhielt, erzeugte eine Scheinblüte. Als der Kapitalzufluß vom Ausland versiegte, standen viele Betriebe vor dem Zusammenbruch. Der Schaffenswille bei den Unternehmern schlug in Pessimismus um, und weiter Kreise der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine bis zur Verzweiflung gehende Mutlosigkeit. So befindet sich die deutsche Wirtschaft heute in einer Erstarrung. Alle Maßnahmen müssen darauf abzielen, diese Erstarrung zu lösen und die in Deutschland brachliegenden Produktionskräfte wieder in Bewegung zu setzen. Diese Lage zwingt dazu, der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß

durch eine Kapitalwerbung auf Grund öffentlichen Kredits neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird.

Das natürliche Betätigungsfeld werden dabei solche Aufgaben sein, die sich für eine zentrale Planung eignen, dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen und durch ihren Ertrag das aufgewandte Kapital lohnen. Die Durchführung eines solchen Programms bedingt keineswegs, daß das Kapital an anderer Stelle der deutschen Wirtschaft entzogen wird; vielmehr soll Kapital nutzbar gemacht werden, das ohne diese Maßnahmen nicht zur Verfügung stehen würde. Da in Deutschland die Aufnahme von Kredit zur Zeit in ausreichendem Maße nicht möglich ist, muß

Auslandskapital zu erträglichem Zinsfuß

herangezogen werden.

Aehnliche Wege sind auch in früheren Jahren beschritten worden. Der grundlegende Unterschied beruht auf folgenden Gesichtspunkten: Einmal werden die aus den Anleihen ins zufließenden Devisen voraussichtlich nicht wie früher zur Bezahlung einer steigenden Einfuhr, sondern bei Fortdauer der zur Zeit günstigen Zahlungsbilanz in erheblichem Ausmaß zur Abdeckung kurzfristiger Auslandsschulden dienen können, deren gegenwärtige Höhe lähmend auf die deutsche Wirtschaft, insbesondere auf die deutsche Bankpolitik wirkt. Das hindert natürlich nicht, daß bei fortschreitender Konjunktur auch der internationale Warenaustausch eine entsprechende Steigerung erfährt. Ferner fällt heute günstig ins Gewicht der planmäßig eingeleitete Abbau unserer überhöhten Produktionskosten und der Tiefstand der Depression, der einer Belebung der Wirtschaft bessere Aussichten bietet. Die Gutachterkommission befindet sich bei den dargelegten Gedankengängen in Uebereinstimmung mit internationalen Erörterungen derselben Frage. Sie ist sich jedoch bewußt, daß

die Durchführung solcher Pläne alle Beteiligten vor sehr schwierige Aufgaben stellt.

Sie erfordern Entschlußkraft der Kreditgeber wie der Kreditnehmer, Organisationsgeschick, Verständnis in der breiten Oeffentlichkeit, innere Bereitschaft aller Beteiligten und den tatbereiten Willen zur Zusammenarbeit auch im Ausland.

Das Gelingen der Arbeitsbeschaffung hat unerläßliche Voraussetzungen: Geordnete öffentliche Finanzen, Sparsamkeit in der öffentlichen und privaten Wirtschaft und in der Lebenshaltung, Aufrechterhaltung der deutschen Währung, Beruhigung unserer innerpolitischen Verhältnisse.

Nach diesen grundsätzlichen Erörterungen behandelt das Gutachten im zweiten Abschnitt eine Reihe von

Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

Dabei wird festgestellt, daß die Elektrizitätswirtschaft noch Raum für weitere wirtschaftliche zweckmäßige Investitionen bietet, und zwar nicht nur auf dem Gebiete des Ausbaues von Kraftwerken, sondern auch auf dem des Ausbaues der Leitungsnetze. Hierbei würde sich eine wissenschaftlich zweckmäßige Steigerung des Verbrauches an elektrischer Arbeit und damit eine bessere Ausnutzung der Kraftwerke durch die

Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken

erzielen lassen. Große Entwicklungsmöglichkeiten sind auch auf dem Gebiete der Gaswirtschaft vorhanden. Hier würde insbesondere eine

verstärkte Inangriffnahme der Ferngas- und der Gruppengasversorgung

zu Erfolgen führen. Auf dem Gebiete des Verkehrswesens kann die Kommission nicht empfehlen, die Anlage von großen innerdeutschen Durchgangsstraßen für den Fernverkehr, die mit der Eisenbahn in Wettbewerb treten würden, mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Ebenso sind Kanalbauten abzulehnen. Dagegen bieten sich bei der Reichsbahn innerhalb des bestehenden Bahnnetzes noch zahlreiche andere Möglichkeiten zweckvoller Arbeitsbeschaffung. Aehnlich liegen die Dinge bei der Reichspost. Als förderungswürdig erachtet die Kommission

die Verbesserung des alten Straßennetzes.

Als ein besonders geeignetes Feld für die Arbeitsbeschaffung sieht die Kommission die

landwirtschaftlichen Meliorationen

an. Die Kommission tritt ferner für zielbewußte Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung ein. Auf dem Gebiet der

Wohnungswirtschaft

ist ein zu schroffer Bruch mit der früheren Praxis, dem Wohnungsbau in großem Umfang öffentliche Mittel zuzuführen, zu vermeiden. Der Rückgang der Industriebauten und der Bautätigkeit für öffentliche Zwecke wird ohnehin zu einer starken Steigerung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe führen. Auch wer die Notwendigkeit betont, das System der durch öffentliche Mittel subventionierten Bautätigkeit allmählich wieder in das privatwirtschaftliche System der Vorkriegszeit zu überführen, kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß im Augenblick wegen der Höhe der Zinssätze und der Baukosten

die Unterstützung des Wohnungsbaues durch öffentliche Mittel nicht entbehrt werden kann.

Der dritte Abschnitt erörtert die Arbeitsbeschaffung unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel und unterstützt die Bestrebungen, die zur Gründung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten geführt haben.

Die Kommission hat die Frage, ob durch Lohn- und Zinszuschüsse private Unternehmen Subventionen behufs Erweiterung ihrer Tätigkeit erhalten sollten, nach den bisherigen Erfahrungen im allgemeinen verneint.

Im vierten Kapitel werden „Maßnahmen besonderer Art" aufgeführt. So hält die Kommission es für erforderlich, daß auch

die Gemeinden sich an der Arbeitsbeschaffung für die von ihnen unterstützten Arbeitslosen beteiligen.

Dabei sollten in erster Linie langfristig Arbeitslose berücksichtigt werden, ferner jugendliche Personen, bei denen länger dauernde Arbeitslosigkeit mit Gefahren für eine Schwächung ihrer Arbeitstüchtigkeit oder ihrer sittlichen Widerstandskraft verbunden ist.

Die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht hält die Kommission nicht für ein geeignetes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes.

Dagegen empfiehlt sie die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes, der eine mannigfaltige Initiative auf sich ziehen könnte und auch in der jüngeren Generation Anklang finden würde. Schließlich bedeute die Möglichkeit solcher Arbeit für den Arbeitslosen die Beseitigung des Gefühls, überflüssig zu sein. Schwierigkeiten der Durchführung werden sich zunächst in der Beschaffung zusätzlicher Arbeit zeigen. Man wird sich deshalb nicht wie bei der Notstandsarbeit und der Pflichtarbeit auf die öffentliche Hand als Träger beschränken können, sondern man wird Verbände mit gemeinnützigen Zielen als Träger auch dann heranziehen müssen, wenn sie Arbeiten bereitstellen, die zunächst einem beschränkten Personenkreis (Mitgliedern oder hilfsbedürftigen Kreisen) zugute kommen.

Der Flugblatt-Schwindel des Stahlhelms endgültig entlarvt!

Buchdrucker Weidlich gesteht den Schwindel ein / Hamburger Grundeigentümer-Verein als Auftraggeber!

Die Enthüllungen des Hamburger Echo über das Entstehen des Fälscherflugblattes mit dem angeblichen Aufruf der Volksbeauftragten haben zu einer schnellen restlosen Entlarvung des Stahlhelm-Schwindels geführt. Die Hamburger Polizeibehörde ist den von dem Hamburger Echo aufgedeckten Zusammenhängen nachgegangen. Ueber das Ergebnis ihrer Nachprüfungen gibt sie folgenden Bericht heraus:

„Zu den Veröffentlichungen in der Presse, daß das Flugblatt mit dem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten, das nach der Erklärung des Reichsministers des Innern eine „ungewöhnlich plumpe Fälschung" darstellt, in der Buchdruckerei von O. Weidlich in Hamburg am 9. November 1918 gedruckt worden sei, stellt die Hamburger Polizeibehörde das Folgende fest:

Der Buchdrucker O. Weidlich ist nach seiner eigenen Aussage am 9. November 1918 noch Soldat gewesen. Er hat seine Druckerei erst im Jahre 1920 in Schiffbek eröffnet und ist 1921 nach Hamburg übergesiedelt.

Der Sachverhalt mit dem Flugblatt ist folgender:

Am 18. Februar 1931 lief nach Aussage des Herstellers eine Bestellung

im Auftrage des Grundeigentümervereins Hamburg

auf 100 000 Flugblätter ein. Hierfür wurde ein in Schreibmaschine geschriebenes Manuskript des angeblichen Aufrufs der Volksbeauftragten vom 9. November 1918 vorgelegt. Ein Korrekturabzug wurde auftragsgemäß in der Geschäftsstelle des Grundeigentümervereins abgegeben. Am selben Tage, abends, wurde dann telephonisch der Bescheid erteilt, daß das Flugblatt gedruckt werden solle.

Die 100 000 Exemplare sind in der Geschäftsstelle des Grundeigentümervereins abgeliefert.

Das auf diese Weise hergestellte Flugblatt ist bei der späteren Verteilung auf der Straße beschlagnahmt worden, weil es den preßgesetzlichen Bestimmungen nicht entsprach. Nach Aussage des Herstellers ist

dieses Flugblatt von unbekannten Personen verstümmelt worden, indem wohl von einem Stück der Kopf abgeschnitten worden ist, so daß es wie ein Exemplar eines Originalaufrufs des Rates der Volksbeauftragten wirkte.

Damit ist wohl erwiesen, daß es sich bei dem „Originalexemplar eines Aufrufs des Rates der Volksbeauftragten", wie er in dem Flugblatt abgedruckt ist, tatsächlich um eine plumpe Fälschung handelt."

*

Mit diesen Feststellungen ist der Stahlhelm-Schwindel über das angebliche „Original-Flugblatt" restlos entlarvt. Jetzt werden auch die Hamburger Nachrichten, der Hamburgische Correspondent und das Fremdenblatt die Taktik des Totschweigens gegenüber unsern Feststellungen nicht länger fortsetzen können. Für die Hamburger Bevölkerung besonders interessant ist die Angabe des Druckers, daß der Grundeigentümerverein Hamburg als Auftraggeber in Frage kommt und ein auf Schreibmaschine geschriebenes Manuskript geliefert hat. In nicht weniger als 100 000 Exemplaren ist der Schwindel dann in die Welt geschleudert worden! Diese Feststellungen sind auch noch nach einer andern Richtung hin bemerkenswert; denn sie beweisen, daß jene „antimarxistische Kundgebung", die den unmittelbaren Anlaß zu der Flugblattverbreitung gab, auf Betreiben der Grundeigentümer zurückzuführen ist, womit eindeutig bewiesen wird, daß auch die Nationalsozialisten, diese „Arbeiterpartei", sich ausschließlich der Grundeigentumsinteressen dienstbar gemacht haben! Eine feine Gesellschaft!

Brauns-Gutachten II

Der zweite Bericht der Brauns-Kommission liegt vor. Er ist noch von sämtlichen Mitgliedern der Kommission, also auch von Prof. Heimann, mitunterzeichnet worden und fand in der Kommission einstimmige Annahme. Nach den Auszügen, die wir nebenstehend veröffentlichen, ist es vorläufig noch schwer, den Wert des Berichtes im einzelnen zu beurteilen. Eines nur ist sicher: überschätzt werden darf auch dieser zweite Brauns-Bericht keineswegs.

Man muß sich dabei die Geschichte der Brauns-Kommission in die Erinnerung zurückrufen. Ursprünglich sollte die Kommission lediglich die versicherungstechnische und rein sozialpolitische Seite des Arbeitslosenproblems, mit andern Worten, die Reformpläne in bezug auf die Arbeitslosenversicherung studieren. Als sich aber die Regierung vor der Aufgabe sah, ernsthaft etwas gegen das weitere Steigen der Arbeitslosigkeit zu unternehmen, erhielt diese im wesentlichen aus Sozialpolitikern und Versicherungsfachleuten zusammengesetzte Kommission plötzlich die viel weitergehende Aufgabe, auch Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufzuzeigen; eine Aufgabe, der diese Kommission auf Grund ihrer Zusammensetzung kaum gewachsen sein konnte. Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu zeigen, ist nämlich Aufgabe der Volkswirtschafter und Politiker, die in der Brauns-Kommission nur sehr schwach vertreten sind. So mußte man von vornherein sagen, daß die große Aufgabe mit unzureichenden Mitteln begonnen wurde. Illusionen über das Ergebnis waren daher gewiß nicht am Platze.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsache kann man den zweiten Brauns-Bericht als eine saubere und fleißige Arbeit bezeichnen, die aber keineswegs zu irgendwelchen übergroßen Hoffnungen Anlaß geben darf. Der Bericht geht von einer theoretischen Untersuchung der Krise — speziell der deutschen Krise — aus. Er sieht danach die Heilungsmöglichkeiten — oder sagen wir lieber die Linderungsmöglichkeiten — in einer Zuführung von neuem Kapital, das aber nicht etwa die zu knappe deutsche Kapitaldecke an anderer Stelle verkürzen darf. Es kommt also nicht die Umlagerung von der öffentlichen Hand in die private oder umgekehrt in Frage. Es kommen auch nicht, wie es einst Finanzminister Dietrich vorschlug, Staatssubventionen an einzelne Industrien in Betracht, sondern die Ankurbelung der Wirtschaft muß nach Meinung der Kommission — und darin dürfte man ihr unbedingt zustimmen — durch langfristige nicht zu hoch verzinsliche Auslandsanleihen erfolgen.

Und diese Auslandsanleihen müßten wiederum für solche Arbeiten Verwertung finden, die in kurzer Zeit eine Rentabilität versprechen und gleichzeitig natürlich auch als volkswirtschaftlich produktiv anzusehen sind. Aus diesem Gesichtspunkt lehnt zum Beispiel die Kommission den Bau neuer Fernstraßen für den Kraftverkehr und den Bau neuer Kanäle ab, da dadurch der Reichsbahn Konkurrenz gemacht würde und der volkswirtschaftliche Vorteil, der auf der einen Seite erzielt würde, auf der andern wieder verlorenginge. Ebenso wird die vielfach propagierte Kultivierung von Moor- und Oedländereien abgelehnt, offenbar, weil der wirtschaftliche Ertrag erst in allzu ferner Zeit sichtbar würde.

Grundlage des Brauns-Berichtes ist also die Beschaffung langfristiger Auslandsanleihen, die sich aber nicht wieder, wie in den Jahren 1924/28, planlos und unrationell in einem übersteigerten Ausbau der wirtschaftlichen Anlagen auswirken sollen, sondern die dorthin geleitet werden müssen, wo eine Ankurbelung der Wirtschaft zu erwarten ist. So warnt zum Beispiel der Bericht davor, die Tätigkeit der öffentlichen Hand in der Bauwirtschaft vollkommen einzustellen, die Verminderung der für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel soll möglichst schonend vor sich gehen.

Was der Bericht in der Praxis empfiehlt, ist im Grunde nichts Neues. Schon als die Krise begann, wurden durchaus ähnliche Vorschläge von seiten der Arbeitnehmerschaft gemacht: langfristige Auslandskredite, deren Verwendung in produktiver Weise von der

Mahatma Gandhi: Mein Leben

Copyright by Inselverlag

[31

Lanzenreiter gegen Demonstranten

Kaum war ich im Haus, als Umar Sobhani und Anasuyaben ankamen und mich baten, sofort im Auto nach Pydhuni zu fahren. „Die Bevölkerung ist schon ungeduldig und äußerst erregt", sagten sie, „wir können sie nicht beschwichtigen. Das können nur Sie."

Ich stieg in das Auto. In der Nähe von Pydhuni sah ich schon von weitem, daß eine riesige Volksmenge sich angesammelt hatte. Bei meinem Anblick geriet das Volk außer sich vor Freude. Ein Zug wurde sofort gebildet, und donnernde Rufe: „Bande Mataram"[1] und „Allahu Akbar"[2] zerrissen die Luft. Als der Zug aus der Abdur-Rahman-Straße bog und gerade gegen den Crawford-Markt vorrücken wollte, sah er sich plötzlich einem Trupp berittener Polizei gegenüber, der sich dort aufgestellt hatte, um ein weiteres Vorrücken in der Richtung der Festung zu verhindern. Die Menge war dicht eingekeilt. Sie hatte die Polizeikette fast schon durchbrochen. Es bestand kaum irgendeine Möglichkeit, meiner Stimme in diesem gewaltigen Gewühl Gehör zu verschaffen. Just in diesem Augenblick gab der Offizier, der das Kommando hatte, Befehl, die Menge zu zerstreuen, und sofort stürmten die Reiter, ihre Lanzen schwingend, auf das Volk los. Einen Augenblick hatte ich das Gefühl, jetzt würde es mich treffen. Aber meine Besorgnis war grundlos; die Lanzen streiften nur das Auto, indes die Reiter vorbeigaloppierten. Die Reihen des Volkes waren im Nu durchbrochen und in wildes Durcheinander gescheucht, das sich bald in planlose Flucht auflöste. Einige wurden zu Boden getreten, andere schwer mißhandelt und gequetscht. In diesem brodelnden Menschengewühl konnten die Pferde kaum durch, noch war irgendein Ausgang da, durch den die Menge sich hätte zerstreuen können. So bahnten die Lanzenreiter sich blindlings ihren Weg durch die Masse. Ich kann mir kaum denken, daß sie sehen konnten, was sie anrichteten. Das Ganze bot ein grauenhaftes Schauspiel. Reiter und Volk waren ein einziger wilder Wirrwarr.

So wurde die Menge zersprengt und ihr Vorrücken aufgehalten. Unser Auto durfte weiterfahren. Ich ließ es vor dem Amtsgebäude des Kommissars halten. Ich stieg aus, um mich bei ihm über das Verhalten der Polizei zu beschweren. Ueberall auf der Treppe, die zu dem Amtszimmer des Kommissars führte, sah ich Soldaten stehen, die wie zu einer Schlacht gerüstet waren. Auf der Veranda wimmelte es von ihnen. Als ich in das Amtszimmer geführt wurde, sah ich Mr. Bowring bei Mr. Griffith sitzen. Ich schilderte dem Kommissar die Szenen, die ich miterlebt hatte. Er entgegnete kurz: „Ich wollte nicht, daß der Zug gegen die Festung vorrückte, da ein Aufruhr dort unvermeidlich gewesen wäre. Und da ich annahm, daß das Volk nicht auf gute Worte hören würde, mußte ich der berittenen Polizei notgedrungen Befehl geben, gegen die Menge vorzugehen."

„Aber", sagte ich, „Sie wußten doch, wozu das führen mußte. Es war doch vorauszusehen, daß die Pferde die Leute zu Boden treten würden. Meiner Ansicht noch war es ganz unnötig, eine so starke Abteilung Berittener abzuschicken."

„Das können Sie nicht beurteilen", entgegnete Mr. Griffith. „Wir Polizeibeamten wissen besser als Sie, was Ihre Lehre beim Volk anrichtet. Wenn wir nicht von vornherein scharf eingreifen, würde uns bald alles aus der Hand gleiten. Glauben Sie mir, das Volk geht Ihnen sicher durch. Auflehnung gegen das Gesetz — gut, das behagt ihnen, das begreifen sie gleich; aber daß sie dabei friedlich bleiben sollen, das geht über ihren Horizont. Ich zweifle nicht, daß Sie das Beste wollen, aber das Volk begreift das nicht. Es folgt seinem natürlichen Trieb."

„Das Volk ist von Natur aus nicht gewalttätig, sondern friedlich", antwortete ich.

So stritten wir lange hin und her. Schließlich sagte Mr. Griffith: „Aber angenommen, Sie kämen zu der Ueberzeugung, daß Ihre Lehre in den Wind geredet ist beim Volk, was würden Sie dann tun?"

„Wenn ich davon überzeugt wäre, würde ich den friedlichen Widerstand aufgeben."

Es war uns unmöglich, zu einer Verständigung zu gelangen. Ich sagte ihm, daß ich beabsichtige, zu einer Versammlung am Chowpati-Strand zu reden und das Volk zu bitten, ruhig zu bleiben.

Damit verabschiedete ich mich von ihm. Die Versammlung wurde am Chowpati-Ufer abgehalten. Ich sprach ausführlich über die Pflicht der Gewaltlosigkeit und über die Grenzen von Satyagraha und sagte: „Satyagraha ist im wesentlichen eine Waffe der Wahrhaftigen. Ein Satyagrahi ist zur Gewaltlosigkeit verpflichtet, und wenn das Volk diesen Grundsatz nicht in Geist, Wort und Tat wahrt, kann ich mich dieser Waffe nicht bedienen."

Irgend jemand hatte in Ahmedabad das Gerücht verbreitet, auch ich sei verhaftet worden. Die Spinnereiarbeiter waren über diese angebliche Verhaftung in Wut geraten, hatten die Arbeit niedergelegt und Ausschreitungen begangen, und ein Unteroffizier war getötet worden. So fuhr ich denn nach Ahmedabad. Unterwegs hörte ich, daß man den Versuch gemacht hatte, die Schienen beim Bahnhof Nadiad aufzureißen, daß in Viramgam ein Regierungsbeamter ermordet, und daß über Ahmedabad das Standrecht erklärt worden war. Die Bevölkerung war verängstigt. Sie hatte sich zu Gewalttaten hinreißen lassen und sollte nun doppelt und dreifach dafür büßen.

Ein Polizeibeamter wartete am Bahnhof, um mich zu Mr. Pratt, dem Kommissar, zu geleiten. Ich traf ihn in einem Zustand äußerster Wut an. Ich sprach in aller Sanftmut mit ihm und drückte mein Bedauern über die Unruhen aus. Ich wies ihn darauf hin, daß das Standrecht unnötig sei, und erklärte mich bereit, bei allen Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens mitzuwirken. Ich bat um Erlaubnis, eine öffentliche Versammlung auf dem Grund und Boden des Ashrams in Sabarmati abhalten zu dürfen. Der Vorschlag gefiel ihm, und die Versammlung wurde, glaube ich, am Sonntag, 14. April, abgehalten. Das Standrecht wurde noch am gleichen Tage oder tags darauf aufgehoben. Bei meiner Ansprache versuchte ich, den Leuten ihr Unrecht zu Gemüte zu führen, erklärte, daß ich zur Buße drei Tage fasten würde, legte dem Volke ans Herz, ebenfalls einen Tag lang zu fasten, und riet denjenigen, die sich Ausschreitungen hatten zuschulden kommen lassen, sich offen zu ihrer Schuld zu bekennen.

(Fortsetzung folgt.)

[1] Anfangsworte eines Lobliedes auf die Landschaft Bengalen, allmählich zum Nationalhymnus für ganz Indien geworden. — [2] „Gott ist groß."

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:
Die Arbeitsbeschaffungsvorschläge der Brauns-Kommission.
Hamburger Polizei klärt den Flugblattschwindel endgültig auf.
Sozialdemokratische Erklärung im Aeltestenrat.
Der preußischen Opposition geht der Atem aus.
Kommunistische Ausschreitungen in Berlin.
Tagesbericht:
Den Arbeiter-Gästen.
Briefe, die uns nicht erreichten . . .
Brückeneinsturz in Elmshorn.
Kurze Sitzung der Bürgerschaft (2. Beilage).
Kunst und Wissenschaft:
Der Entdecker des Unbewußten.
Aus aller Welt:
Mörder Reins und seine Familie verhaftet.
Gewerkschaftliche Umschau:
Schiedsspruch im Ruhrbergbau.